



CDU Bezirksverband
HILDESHEIM

DER VORSITZENDE
Uwe Schünemann MdL

Helmut Kohl Haus

Bahnhofsallee 28
31134 Hildesheim

Tel.: 05121/53304

Fax: 05121/53080

info@cduhildesheim.de

Herrn
Bundesminister Olaf Scholz
Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

13. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,

die Bewältigung der Corona-Krise ist eine große Herausforderung für alle staatlichen Ebenen. Zurzeit stehen die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Vordergrund. Hierbei tragen die Kommunen zunehmend einen großen Teil der Last. Umso wichtiger wird die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Akteure vor Ort. Diese wird kurz- aber vor allem mittelfristig massiv gefährdet. Auf der einen Seite steigen die Ausgaben durch Pandemie-indizierte Aufwendungen und auf der anderen Seite brechen Steuereinnahmen weg. Dies betrifft vor allem die Gewerbesteuer.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Hans-Günter Henneke schätzt die Belastung der Kommunen bundesweit bereits auf rund 11 Mrd. €. Eine Unterstützung der Kommunen durch koordinierte Maßnahmen von Bund und Ländern ist zwingend erforderlich. Da das genaue Ausmaß der kommunalen Belastung noch nicht genau beziffert werden kann, ist zunächst eine stufenweise Förderung sinnvoll.

In der ersten Stufe sollte versucht werden, die Einnahmesituation der Kommunen zu verstetigen. Dies könnte durch einen zeitlich befristeten vollständigen oder teilweisen Verzicht auf die Erhebung der Gewerbesteuerumlage gelingen. Im niedersächsischen Landeshaushalt sind derzeit 216 Mio. € für das Haushaltsjahr 2020 etatisiert. Der entsprechende Bundesanteil beträgt 153 Mio. €. Da die Gewerbesteuer massiv eingebrochen ist, werden sich diese Ansätze nicht erzielen lassen.

Ein zeitlich begrenzter Verzicht auf die Gewerbesteuerumlage wäre ein unbürokratischer und von Bund und Ländern gemeinsam getragener Solidarbeitrag zugunsten der Kommunen. Die Kompensation wirkt direkt und zielgenau. Damit wäre eine schnelle und gerechte Soforthilfe gefunden. Darüber hinaus könnten die Zweckbindungen von bereits bestehenden Förderprogrammen aufgehoben werden. Durch die Corona-Krise müssen die kommunalen Investitionen eine andere Priorisierung erhalten. Die Entscheidung hierüber kann am besten vor Ort getroffen werden.

Wir möchten Sie bitten, insbesondere das Thema Gewerbesteuerumlage wohlwollend zu prüfen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative in Abstimmung mit Finanzministerien der Länder würden wir ausdrücklich begrüßen und unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Güntzler MdB
Stv. Bezirksvorsitzender

Uwe Schünemann MdL
Bezirksvorsitzender